

Genörgel zum Geburtstag

Der BND wird 60 Jahre alt – und muss wieder Kritik einstecken

Berlin – Der Jubilar hätte sich sicher schönere Geschenke gewünscht. Zum 60. Geburtstag hat die Opposition den Bundesnachrichtendienst (BND) mit heftiger Kritik überhäuft und statt herzlicher Glückwünsche die Forderung nach einem Kurswechsel überbracht. In Teilen des BND habe es unkontrollierte Alleingänge gegeben, die Aufsicht über den Geheimdienst im Kanzleramt habe ebenfalls versagt, sagte etwa der stellvertretende Vorsitzende des Geheimdienst-Kontrollgremiums im Bundestag, André Hahn (Linke). Hahn und Geheimdienstexperten der Grünen forderten die Regierung auf, die Mängel abzustellen und zügig die zugesagte Reform anzugehen.

Der Bundesnachrichtendienst wurde am 1. April 1956 als Nachfolger der "Organisation Gehlen" gegründet. Der Wehrmachtsgeneral Reinhard Gehlen war von 1942 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs für die Aufklärung der russischen Roten Armee zuständig. Nach Kriegsende stellte er sein Wissen den US-Streitkräften zur Verfügung. Am 6.

Dezember 1947 bezog die "Organisation Gehlen" eine Liegenschaft in Pullach bei München, in der noch heute große Teile des BND arbeiten. Die Regierung Adenauer beschloss am 11. Juli 1955 die Einrichtung des BND. Gehlen wurde dessen erster Präsident und blieb es bis 1968.

Durch die Enthüllungen rund um den US-Geheimdienst NSA geriet der deutsche Auslandsnachrichtendienst zuletzt sehr in Erklärungsnot. Unter anderem kam ans Licht, dass der BND unrechtmäßig und nicht auftragskonform eine Vielzahl an Zielen in EU- und Nato-Staaten ausforschte – darunter Regierungsstellen und EU-Institutionen. Die NSA-Affäre sei längst auch eine BND-Affäre, sagte der Grünen-Geheimdienstexperte Hans-Christian Ströbele. Er machte dem BND schwere Vorhaltungen: "Ich habe es nicht für möglich gehalten, dass der BND in dem Ausmaß verheimlicht, irreführt, täuscht und lügt gegenüber dem Geheimdienst-Kontrollgremium." Die Enthüllungen ließen die Frage aufkommen, ob der BND über-

haupt kontrollierbar sei. "Ich habe da im Moment große Zweifel."

Als Konsequenz aus den Enthüllungen der Spähaffäre will die Regierung die Arbeit des BND mehr regulieren. Ein Gesetzentwurf ist in Arbeit. Der SPD-Obmann im NSA-Ausschuss, Christian Flisek, sagte im Deutschlandfunk: "Die Bundesregierung hätte dem BND zum 60. Geburtstag mit einem neuen Gesetz ein Geschenk machen können."

DPA, SZ

1,3

Milliarden Euro

oder mehr wird letztlich die neue BND-Zentrale in Berlin gekostet haben. Am Anfang (2006) war von 720 Millionen die Rede. Der Gebäudekomplex gilt als größtes Bauvorhaben der Republik. 2014 zogen die ersten Mitarbeiter von Pullach in die Chausseestraße. Die Bauarbeiten sollen Ende 2016 beendet sein, der Umzug im Jahr 2017. SZ